

Presseinformation

16. Dezember 2021

BILANZ DER CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHEN INDUSTRIE 2021

Heftigem Gegenwind erfolgreich standgehalten

- Produktion nimmt gegenüber Vorjahr um 4,5 % zu
- Umsatz wächst um 15,5 % bei kräftigem Anstieg der Erzeugerpreise (+ 8,5 %)
- Beschäftigung steigt leicht auf 466.500 Arbeitsplätze
- Prognose 2022: Produktion legt um 2 %, Umsatz um 5 % auf 231 Mrd. Euro zu
- Koalitionsvertrag mit positiven Ansätzen bei Energie- und Klimapolitik, Genehmigungsverfahren und Chemikalienstrategie

Trotz Corona-Pandemie und Lieferengpässen sowie zuletzt sprunghaft steigender Preise für Energie und Rohstoffe hat die chemisch-pharmazeutische Industrie 2021 eine starke Bilanz erzielt. Sie erstreckt sich nahezu auf alle Produktbereiche.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Produktion um 4,5 Prozent, der Umsatz legte dank kräftig gestiegener Erzeugerpreise (+ 8,5 %) um 15,5 Prozent auf rund 220 Milliarden Euro zu, wie der Verband der Chemischen Industrie (VCI) berichtet. Gleichzeitig zogen die Kosten für Naphtha um 70 Prozent an und auch nachwachsende Rohstoffe, Metalle oder Mineralien waren um ein Vielfaches teurer als im Vorjahr.

Grundlage für das Ergebnis war, dass auf allen Kontinenten die industriellen Kunden der Branche ihren Erholungskurs fortsetzten. Entsprechend positiv entwickelte sich die globale Nachfrage nach Chemikalien, aber auch nach Impfstoffen aus deutscher Produktion. Die Zahl der Beschäftigten stieg leicht (0,5 %) um rund 2.000 Arbeitsplätze auf 466.500.

„Unsere Branche hat vielfachem Gegenwind standgehalten und ein beachtliches Ergebnis erzielt. Das unterstreicht, wie wichtig eine starke Chemie für das Industrieland Deutschland ist. Ohne uns kommt keiner aus, aber mit uns kommen alle voran“, sagte VCI-Präsident Christian Kullmann.

Prognose 2022: Auch für das kommende Jahr erwartet der VCI eine positive Entwicklung der Branche. Der Chemieverband hält einen Anstieg der Produktion von 2 Prozent und eine Zunahme des Umsatzes um 5 Prozent auf 231 Milliarden Euro für möglich. „Trotz verschiedener Belastungsfaktoren rechnen unsere Unternehmen für 2022 mehrheitlich mit einem Plus im In- und Ausland. Vor allem in Übersee gehen sie von mehr Umsatz aus“, betonte VCI-Präsident Kullmann.

Die Prognose des VCI berücksichtigt die Ergebnisse einer aktuellen **Mitgliederumfrage**. Sie belegt, dass sich die Geschäftslage in den letzten Monaten eingetrübt hat: 30 Prozent der Unternehmen melden bereits leichte, 5 Prozent sogar deutliche Einschnitte. Es fehlt zwar nicht an Aufträgen, aber die Engpässe bei Vorprodukten und Logistik haben sich weiter verschärft. Aufgrund der Lieferkettenprobleme mussten 35 Prozent der Unternehmen ihre Produktion drosseln, 10 Prozent haben Anlagen vorübergehend stillgelegt. Die Engpässe haben aber vor allem Folgen für die Kunden der Branche: Über 70 Prozent der Unternehmen können Aufträge nur verzögert abwickeln, 39 Prozent können sie gar nicht erfüllen. Mit einer Entspannung rechnen die Unternehmen erst im Sommer 2022, so der VCI.

Probleme bereitet der Branche auch der rasante Preisanstieg bei Gas und Strom in den letzten Monaten: 61 Prozent der befragten Unternehmen meldeten, dass die Energiepreise ihre Betriebsabläufe derzeit erheblich behindern. Die Unternehmen versuchen zwar die steigenden Kosten zeitnah an die Kunden weiterzugeben. Allerdings sehen sich 16 Prozent dazu nicht in der Lage. 67 Prozent gaben an, die Kosten zumindest teilweise weiterreichen zu können. „Die Lage dürfte noch eine Weile kritisch bleiben. Die Mehrheit unserer Unternehmen glaubt nicht an eine signifikante Entspannung bei den Energiekosten im kommenden Jahr“, erläuterte der Präsident des VCI.

Koalitionsvertrag: Den Buchstaben Taten folgen lassen

Die neue Bundesregierung habe mit dem Koalitionsvertrag gute Ansätze zur Transformation vorgelegt, aber die Nagelprobe für das Dreierbündnis werde sein, diese in politisches Handeln umzusetzen. Nun müssten den Buchstaben auch Taten folgen, forderte Kullmann. Daher begrüßt der VCI-Präsident bei den Vorhaben zur Energiepolitik die angekündigte Abschaffung der **EEG-Umlage** Anfang 2023, um den Strompreis zu verringern. „Es ist allerhöchste Zeit, dieses Bürokratiemonster an die Kette zu legen“, unterstrich Kullmann. Davon profitiere vor allem der Mittelstand. In der Chemie summiert sich die EEG-Umlage auf rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Ein massiver und deutlich beschleunigter Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik ist auch aus Sicht des VCI unverzichtbar für das Ziel Klimaneutralität. Er müsse aber wegen des politisch forcierten Ausstiegs aus der Kohleverstromung durch die Errichtung moderner Gaskraftwerke begleitet werden. „Wir dürfen die Versorgungssicherheit, die wir rund um die Uhr, sieben Tage die Woche benötigen, nicht aufs Spiel setzen“, mahnte der VCI-Präsident.

Erdgas ist für die chemische Industrie mit über 120 Terawattstunden im Jahr nicht nur der wichtigste Energieträger, sondern auch essenzieller Rohstoff: Knapp ein Drittel des Erdgases, das sie im Jahr verbraucht, geht als Rohstoff in die Produktionsanlagen. Das entspricht rund 3,2 Millionen Tonnen oder 16 Prozent aller Rohstoffe, die die Branche für die organische Produktion einsetzt. Für das Erreichen der Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts will die Branche Kohlenstoff im Kreis führen. Chemisches Recycling von Plastikabfällen ist dafür neben der direkten Nutzung von CO₂ aus der Luft ein wichtiger Bestandteil der Strategie. Der VCI begrüßt daher, dass die Ampel-Regierung den Stellenwert des chemischen Recyclings anders ansetzt und als Recyclingoption in das Verpackungsgesetz aufnehmen will. Diesen Schritt stuft der VCI als Paradigmenwechsel für die Klimapolitik und die Kreislaufwirtschaft ein.

Für mehr private und öffentliche Investitionen braucht es aber schnellere und effizientere **Genehmigungsverfahren**. Hier will die Koalition handeln und die Verfahrensdauer mindestens halbieren. „Das begrüßen wir sehr. Genehmigungen sind der Treibsatz für Innovationen und Investitionen.“ Dass weniger Bürokratie mehr Wachstum schafft, belegt auch eine aktuelle Studie des IW im Auftrag des VCI. Ließe sich zum Beispiel ein Unternehmen in Deutschland einen Tag schneller gründen als derzeit, so ein Ergebnis der IW-Analyse, könnte das etwa zwei Milliarden Euro zusätzliche Direktinvestitionen auslösen.

Auf Zustimmung stößt beim VCI auch, dass sich die Bundesregierung konstruktiv in die Debatte um die **EU-Chemikalienstrategie** einbringen möchte. „Es ist gut und richtig, dass die Koalition bei diesem Thema auf Daten, Zahlen, Fakten und auf das wissenschaftlich seriöse Risikoprinzip setzen will“, sagte Kullmann. „Wir unterstützen die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien. Aber sie müssen so ausgestaltet werden, dass sie für Unternehmen – vor allem für unseren Mittelstand – praktikabel und planbar sind und ressourcen- und kosteneffizient umgesetzt werden können. Kaum etwas ist für Unternehmen schlimmer als Unsicherheit. Wir brauchen daher einen klaren und soliden Übergangsrahmen.“

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von über 1.700 deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen sowie deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2020 setzte die Branche knapp 190 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 464.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kontakt:

VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de

<http://twitter.com/chemieverband>